

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement

viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 4.

55. Jahrgang.
Donnerstag, den 9. Januar

1908.

Die nach §§ 9 und 41 des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung vom 25. Mai 1903 vorgeschriebenen Uebersichten und Rechnungsabschlüsse für das Jahr 1907 sind nach dem vorgeschriebenen Formulare und zwar von den **Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen** in **zweifacher** und von den **Gemeindekrankenversicherungen** in **dreifacher** Ausfertigung bis längstens

zum 31. März 1908

hier einzureichen.

Schwarzenberg, den 4. Januar 1908.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts **Karl Hermann Pross** in **Schönheide** wird zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin auf den **31. Januar 1908, vormittags 10 Uhr** vor dem unterzeichneten Amtsgerichte bestimmt.

Königliches Amtsgericht Eibenstock,

den 28. Dezember 1907.

Eingegangen sind:

- vom **Gesetz- und Verordnungsblatte für das Königreich Sachsen die Nrn. 56-84 vom Jahre 1907,**
- vom **Reichsgesetzblatte die Nrn. 41-51 vom Jahre 1907.**

Die Gesetzblätter, deren Inhalt aus den im Eingange des Rathhauses befindlichen Anschlägen ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang zur Einsicht an Ratstafel aus.

Stadttrat Eibenstock, den 2. Januar 1908.

Seffe.

M.

Nachdem die Verpflichtung und Einweisung der wieder- bez. neugewählten **Stadtverordneten** am 2. dts. Mts. erfolgt ist, fezt sich das **Kollegium im Jahre 1908** wie folgt zusammen:

I. Drittel.

- Herr Kaufmann **Friedrich Gustav Diersch**, anf.
- „ „ **Karl Richard Kunz**, anf.
- „ „ **Bernhard Böcher**, anf.
- „ „ **Alban Otto Maennel**, anf.
- „ **Stickmaschinenbesitzer Karl Paul Mehnert**, anf.

Handwerksförderung.

Während in früheren Jahren die Sozialpolitik in der Hauptsache ihre Fürsorge den Kreisen der Arbeitnehmer zuwandte, hat sich doch allmählich die Notwendigkeit herausgestellt, diese Fürsorge etwas weiter auszudehnen und auch den nicht allzufehr begüterten Angehörigen des sogenannten Mittelstandes der Segnungen der sozialen Gesetzgebung teilhaftig werden zu lassen, sind doch beispielsweise viele selbständige Handwerksmeister in materieller Hinsicht oft weit schlechter gestellt, als zahlreiche Arbeiter. Dazu kam, daß der große wirtschaftliche Aufschwung gerade dem Handwerkerstande nicht nur keinen Nutzen brachte, sondern eher schädliche Folgen herbeiführte, denn bei dem sich entspinrenden Wettbewerbe war es nur dem möglich fortzukommen, der über höheres Kapital verfügte und einen großen Betrieb einzurichten vermochte; desgleichen führte das Konkurrenzwesen zu recht üblen Auswüchsen, die den Handwerkerstand auf das schwerste geschädigt haben. Auch legten die verschiedenen Zweige der staatlichen Versicherung dem Handwerkerstande große Lasten auf, welche er nach Lage der Sache schwerer empfinden muß, als andere Erwerbstheile. Freilich kann man die Handwerker selbst von Schuld am Niedergange des Gewerbes nicht freisprechen, weil sie Jahrzehntlang nichts getan haben, um den Lauf der Dinge aufzuhalten, sondern ruhig die Hände in den Schoß legten, anstatt sich zu rühren. Man tief schließlich den Staat um Hilfe an und dieser ließ sich endlich auch erweichen, indem vor nunmehr 10 Jahren das Handwerkergesetz kam, welches noch heute in Kraft ist, das aber dem Handwerker in praktischer Hinsicht herzlich wenig Nutzen gebracht hat. Dadurch veranlaßt, schritt man verschiedentlich — was man schon längst hätte tun müssen — zur Selbsthilfe, indem man Arbeitgeberverbände gründete, die sich das Ziel stellten, durch Zusammenschluß der Meisterschaft gemeinsam an der Förderung des Handwerks zu arbeiten. Auf diese Weise ist schon manches erreicht worden, insbesondere ist es dadurch möglich geworden, allzuweitgehende Forderungen der Arbeitnehmer zurückzuweisen. Alles freilich kann auf diesem Wege nicht durchgeführt werden, es bedarf unbedingt auch der Unterstützung des Staates. Da ist es denn erfreulich, daß im Gegenzug zu früher bei allen Parteien eine größere Geneigtheit herrscht, den Wünschen des Handwerkerstandes entgegenzukommen, wie dies auch kürzlich im Reichstag, gelegentlich der vom Zentrum ausgehenden Anträge auf Förderung des Handwerks, klar zutage trat. Eine Reihe der hierbei gemachten Vorschläge können recht viel Segen stiften, wenn auch manches andere von minderer Bedeutung ist, wie beispielsweise auf den Meistertitel ein etwas allzu großer Wert gelegt wird, weil gar mancher den Titel berechtigterweise trägt, ohne aber gleichzeitig ein wirklich guter Meister zu sein. Dagegen kann man unbedingt der Forderung zustimmen, die Grenzen der Zulassung zur freiwilligen Invalidenversicherung für selbständige Handwerker zu erweitern. Ebenso ist der Wunsch berechtigt, daß die Fabriksbetriebe,

deren Lehrlinge die von Handwerkerorganisationen unterhaltenen Fachschulen besuchen, auch ihrerseits bis zu einem gewissen Grade zur Tragung der Kosten herangezogen werden, da ja die Industrie von diesen Institutionen selber Nutzen hat. Die Sicherung der Bauhandwerkerforderungen, welche auf dem Handwerksprogramm steht, dürfte ja bald ihre gesetzliche Regelung erfahren. Berechtigt ist auch der Wunsch, daß bei Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen die Handwerkerorganisationen möglichst berücksichtigt werden möchten. Des weiteren kann man auch den Wunsch nach einer Revision des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb und nach einer Regelung des Ausverkaufswesens unterstützen. Bei alledem würde gar manches Ersprießliche für die Förderung des Handwerks herauskommen und man darf hoffen, daß in Zukunft auch dieses wichtige Gebiet der Sozialpolitik nicht vergessen wird, zumal das Parlament diese Bestrebungen gern unterstützt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Bundesrat hat in seiner Diensttagssitzung den Entwurf eines Scheckgesetzes angenommen.

— Berlin, 7. Januar. Heute morgen begab sich das Kaiserpaar nach dem Mausoleum zu Charlottenburg zur Kranzniederlegung am Sarge der Kaiserin Augusta. Der Kaiser besuchte darauf den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dann den Reichskanzler und hörte im königlichen Schloß die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, des Chefs des Admiralstabes und des Chefs des Marinekabinetts.

— Berlin, 7. Januar. Unter dem Vorsitze des Staatssekretärs Krätke fand heute eine Besprechung über die beabsichtigte Fernsprechnetzreform zwischen Vertretern der Reichstelegraphenverwaltung, der bayerischen Telegraphenverwaltung, des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Handwerks statt. Die Mehrheit stimmte der gänzlichen Beseitigung des Pauschalgebührentarifes und der Ersetzung desselben durch Erhebung von Grundgebührensätzen zu. Die vorgeschlagene Stufenfolge der gegen den bisherigen Tarif um je 10 Mark ermäßigten Grundgebühren wurde mit der Maßnahme gebilligt, daß eine weitere Herabsetzung der Grundgebühren von 50 auf 40 Mark für Netze mit weniger als 500 Teilnehmern befürwortet wurde. Die einheitliche Festsetzung der Gesprächsgebühr auf 4 Pf. wurde allgemein gewünscht, und die Schaffung einer neuen Stufe von 75 Pf. für Ferngespräche von 100 bis 250 Kilometer allseitig begrüßt.

— Staatssekretär Dernburg wird sich, wie dem Hirsch-Bureau gemeldet wird, Ende Monat März dieses Jahres in Sachsen aufhalten. Er gedenkt in Dresden und in Plauen Vorträge über koloniale Verhältnisse zu halten.

— Man schreibt den Berl. N. N.: Wenn sich die Nachricht aus Tokio bestätigt, daß die amerikanische

japanischen Verhandlungen wegen Einschränkung der japanischen Auswanderung nach der Union einen befriedigenden Abschluß erreicht haben, so würde dies von der öffentlichen Meinung Deutschlands im Interesse beider Mächte freudig begrüßt werden. Die deutsche Presse hat gegenüber der Streitfrage bisher stets Zurückhaltung beobachtet und es vermieden, für die eine oder die andere Seite Partei zu ergreifen. Da trotzdem über London nach den Vereinigten Staaten Meldungen gelangt sind, die von einer Parteinahme der deutschen Presse zugunsten Japans sprechen, ist die ausdrückliche Feststellung der Grundlosigkeit solcher Behauptungen am Platze.

— Verfassungsreform in Mecklenburg. Der Regierungsentwurf einer Verfassung für die beiden Großherzogtümer Mecklenburg ist seit einiger Zeit fertiggestellt. Der Landtag dürfte, wie verlautet, zur Beratung der Vorlage Ende April oder Anfang Mai einberufen werden.

— Deutsch-Ostafrika. Es ist in Deutschland kaum bekannt, daß der Kommandantverband Dar-es-Salaam seit 1903 eine Sparkasse eingerichtet und verbürgt hat. Schon im ersten Geschäftsjahre betrugen die Einzahlungen über eine viertel Million Rupies, im letzten Jahre an 640 000 Rupies; davon ist ein großer Teil in Hypotheken angelegt. Die Summe verteilt sich auf 600 Sparkassenbücher, wovon der größere Teil sich in den Händen von Farbigen befindet. Leider wird nicht angegeben, welche Beträge auf weiße Sparer entfallen, welche auf Farbige.

— Spanien. Madrid, 7. Jan. „Liberal“ bespricht die marokkanische Frage und sagt, Spanien sei wegen des Besuches Bichons und seiner Unterredungen mit den spanischen Staatsmännern beunruhigt. Das Land wolle wissen, wofin die Regierung steuere; es habe ein Recht dazu, Aufklärung zu verlangen.

— Marokko. Der Nachfolger General Drudes, General d'Amade, ist Sonntag vormittag in Casablanca angekommen und hat sofort den Oberbefehl über das Okkupationskorps übernommen. Er telegraphierte, daß ein Teil der Stämme der Uad-Zeyan und der Uad-Harij die ihnen für ihre Unterwerfung gestellten Bedingungen angenommen hat.

— General Lyautey meldet nach Paris, daß die Operation gegen die Beni Snassen als beendet anzusehen ist und die sofortige Zurückziehung der Truppen angebracht erscheint.

— Amerika. Zwischen der Polizei und den streikenden Mietern kam es in New-York in vier großen Versammlungen zu förmlichen Kämpfen. Ueber 20 Versammlungsteilnehmer, darunter Frauen und Kinder, wurden verwundet; auch einige Schutzleute erlitten Verletzungen. Die Meetings gestalteten sich zu Kundgebungen von ausgesprochen sozialistischem Charakter; es wurden rote Fahnen entfaltet, revolutionäre Lieder gesungen und flammende Reden gegen die Regierung gehalten. Die Polizei drang in die Versammlungssäle ein und nahm von den Demonstranten,